

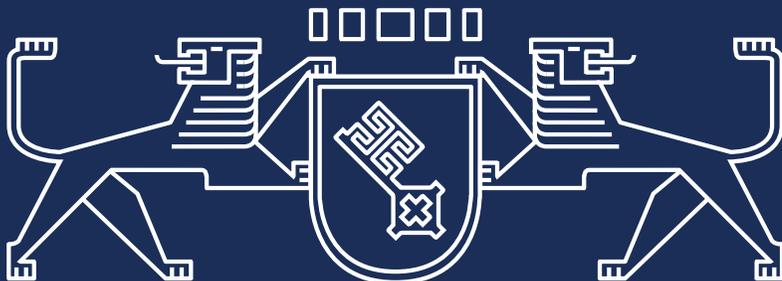
1933 – über das Ende der Demokratie vor 80 Jahren

IMPRESSUM

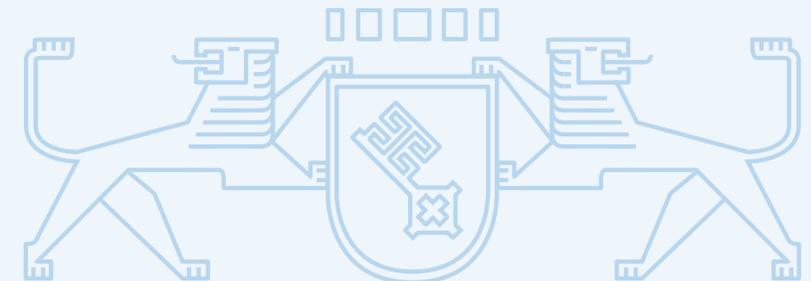
Bremische Bürgerschaft,
Am Markt 20, 28195 Bremen,
Telefon: 0421 361-4555, Fax: 0421 361-12432.
geschaeftsstelle@buergerschaft.bremen.de

Herausgegeben von der Bremischen Bürgerschaft,
Abteilung Informationsdienste
Januar 2014

Gestaltung: arneolsen.design



Prof. Dr. Norbert Frei



1933 – über das Ende der Demokratie vor 80 Jahren

Prof. Dr. Norbert Frei

Rede am 25. Oktober 2013 im Plenarsaal
der Bremischen Bürgerschaft

Am 23. März 1933 beschloss der Reichstag das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“. Es war ein ganz wesentlicher Schritt, mit dem Adolf Hitlers faschistisches Regime die Grundlagen der Republik abschaffte. Für die Bürgerin und den Bürger bedeutete das, peu á peu der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte beraubt zu werden. Die neue Bremische Bürgerschaft im April wurde nicht mehr gewählt, sondern auf Basis des ersten Gleichschaltungsgesetzes „gebildet“. Nach dem Schlüssel der im Lande Bremen bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen entfielen auf die NSDAP 32 Sitze, auf die SPD 32 Sitze, DNVP 14, DVP fünf und Zentrumsparlei einen. Die auf die Wahlvorschläge der KPD entfallenden 12 Sitze wurden gar nicht zugeteilt.

Das zu dem Zeitpunkt noch unausgesprochene Ziel der Gleichschaltung der Landtage, der NSDAP möglichst überall die absolute Mehrheit zu sichern, wurde in Bremen allerdings nicht erreicht, ja die Nationalsozialisten stellten nicht einmal die stärkste Fraktion im Plenum, woraufhin der Reichstags- und Bürgerschaftsabgeordnete Alfred Faust die Frage aufwarf, „ob es nicht auffalle, dass bei allen Triumpfen der nationalsozialistischen Bewegung Bremen die einzige Stadt in Deutschland sei, in der auch nach der dekretierten Gleichschaltung die SPD-Fraktion ebenso stark sei wie die nationalsozialistische“.

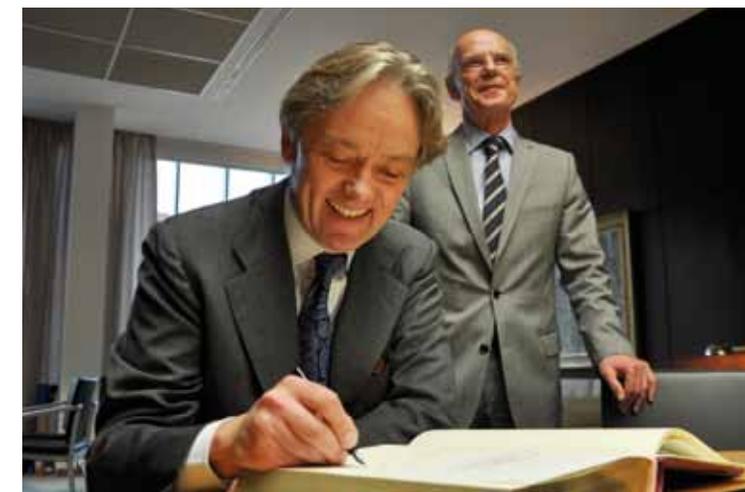
Es dauerte gerade mal drei Monate, dann wurde den Sozialdemokraten in allen Parlamenten das Mandat als Volksvertreter entzogen. Zu dem Zeitpunkt hatte die gesetzgebende Gewalt praktisch ihren Einfluss verloren. Den eigentlichen Schlusstrich unter die Entmachtung des bremischen Parlaments zog jedoch das zweite Gleichschaltungsgesetz. Es wies bedeutende Funktionen wie Wahl, Kontrolle und Abberufung der Senatsmitglieder dem Reichsstatthalter zu, der keinem Landesorgan verantwortlich war, erklärte Misstrauensbeschlüsse gegen den Senat für unzulässig und setzte die anderslautenden Bestimmungen der Landesverfassung außer Kraft. Bald wurden auch die Vertreter anderer Parteien aus der Bürgerschaft verbannt, der Weg geebnet in den „völkischen Führerstaat“.

Mitte des Jahres 1933 war in der Bürgerschaft nun die NSDAP-Fraktion ganz unter sich. Ganz wohl schienen sich die Nazis freilich nicht zu fühlen. Daher verfiel der Senat auf den Gedanken, nach preußischem Vorbild einen „Bremischen Staatsrat“ zu schaffen. Die neue Institution sollte gewissermaßen die Funktion eines Bindeglieds zwischen Volk und politischer Führung übernehmen, wie es sonst die Parteien durch ihr parlamentarisches Wirken tun. Eine Farce – wie sich schnell herausstellen sollte. Die 20 Mitglieder des Staatsrats rekrutierten sich aus höheren Parteichargen und Vertretern der Kirche, der Wirtschaft, der Arbeit, der Wissenschaft und der Kunst sowie – ich zitiere – „sonstigen um Staat und Volk verdienten Männern“. Aber gerade letztere waren gar nicht auf das Forum angewiesen, um sich Gehör zu verschaffen. Die

kurze Lebensdauer des Gremiums verwundert nicht; sie reichte kaum über die Einführungszeremonie hinaus. Dieser Vorgang offenbart noch einmal die Bedeutungslosigkeit, ja Sinnentleerung der Bürgerschaft, die am 14. Oktober 1933 mit der Auflösung des Reichstags ohne Anordnung ihrer Wiederwahl gleichfalls aufgelöst wurde.

Erinnerungskultur ist unverzichtbar. Demokratie, Rechts- und Gerechtigkeitsstaat sind kein unumkehrbarer Endzustand. Man muss sie immer wieder mit Leben füllen. Dabei denke ich an Willi Brandt, der am 18. Dezember 100 Jahre alt geworden wäre – wieder so ein geschichtsträchtiges Datum und Jahrestag. „Mehr Demokratie wagen“ lautete das gesellschaftspolitische Leitbild von Willi Brandt. Demokratie wagen! Ja, und zwar gerade dann, wenn wie auch immer geartete autoritäre Mächte das Recht, die Freiheit und die Selbstbestimmung der Menschen zur Disposition zu stellen versuchen. Es geht mir gar nicht um Krawalle, Umstürze und Kriege; können sich nicht auch Geheimdienste oder das weltweite Web mit seinen Netzwerken zu einer Bedrohung für das Fundament der Demokratie entwickeln? Demokratie wagen, gewiss – aber sie vor allem auch verteidigen!

Christian Weber
Präsident der
Bremischen Bürgerschaft



Prof. Dr. Norbert Frei gilt als einer der renommiertesten Historiker in Deutschland. Er lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er war Mitglied der Historikerkommission zur Geschichte des Auswärtigen Amtes und ist erfolgreicher Buchautor.

Prof. Dr.
Norbert Frei
und Präsident
Christian
Weber

Über das Ende der Demokratie vor 80 Jahren

Blickt man mit dem Maßstab einer herkömmlichen Generationenrechnung – also im Rhythmus von 30 Jahren – auf den Zeitraum, der seit dem Ende der ersten Demokratie in Deutschland vor nunmehr 80 Jahren vergangen ist, so wächst seit 1945 respektive seit 1949 auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik mittlerweile bereits die dritte Generationen in demokratischen Verhältnissen auf, und bald schon wird die zweite Generation des vereinten Deutschland geboren werden. Für die meisten von uns also ist „1933“ glücklicherweise kein Thema, das sich mit unserer persönlichen Erfahrung verbindet. Aber klar ist auch, dass die Frage nach der Stabilität unserer Demokratie und die Frage nach ihren Gefährdungen von Bedeutung sind und bleiben.¹

„Herr Hitler wird nun zeigen müssen, was er kann“, meinte die katholische Tageszeitung *Germania* reichlich kühl am Morgen danach. Und in der liberalen *Frankfurter*

Zeitung hieß es: „Es ist eine hoffnungslose Verkennung unserer Nation, zu glauben, man könne ihr ein diktatorisches Regime aufzwingen.“ Fast geschäftsmäßig auch die Überschrift der sozialdemokratischen *Bremer Volkszeitung*, die im Kanzlerwechsel vor allem reaktionäre Kontinuität erblickten wollte: „Kanzler von Barons Gnaden. Hitler im Schlepptau von Papen und Hugenberg – Eine Regierung der Schwerindustrie und der Junker – Sozialdemokratischer Misstrauensantrag gegen die neue Regierung“.



Norbert Frei

Dass Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 einen epochalen Einschnitt bedeutete, daran ist *im Rückblick* kein Zweifel. Doch im Moment des Geschehens war das noch längst nicht so klar. Viele, gerade auch politisch gut informierte Zeitgenossen gaben sich relativ gelassen. Immerhin war es schon der vierte Kanzler, den Reichspräsident von Hindenburg innerhalb von nur acht Monaten präsentierte. Nach Brüning, nach von Papen und nach Schleicher nun also der Führer der Nationalsozialisten: Vor zehn

¹ Vgl. zum folgenden ausführlich und mit Zitatbelegen meine Darstellung: *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945*. Neuausgabe München 2013, sowie Norbert Frei, 1945 und wir. *Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*. München 2009, S. 98-111.

Jahren hatte er schon einmal versucht, von München aus eine Diktatur zu errichten – und war kläglich gescheitert.

Aber Hitler hatte hinzugelernt seit dem Marsch auf die Feldherrnhalle 1923. Schon am Abend des 30. Januar 1933 deutete einiges darauf hin, dass an diesem Tag mehr passiert war als eine Auswechslung des Kanzlers. SA und Stahlhelm marschierten durch das Regierungsviertel, Hitler zeigte sich am Fenster der Reichskanzlei seinen jubelnden Anhängern, und Joseph Goebbels, der Berliner Gauleiter, sorgte als gewiefter Journalist für eine Live-Reportage im Rundfunk. Und im *Angriff*, in der von ihm gegründeten Parteizeitung, schrieb Goebbels anderntags: „Der 30. Januar 1933 wurde vom nationalen Berlin unverlöschlich als Tag der nationalen Wiedergeburt des deutschen Volkes in das Buch der Geschichte eingeschrieben.“

Solche Formeln waren zunächst einmal für die eigene Klientel gedacht – für das „nationale Berlin“ und für das „nationale Deutschland“, wie Goebbels ja selbst betonte. Aber sie sollten natürlich auch die Gegner einschüchtern. Und sie sollten jene beeindrucken, die – wie es jetzt oft hieß – noch „abseits“ standen. Eine politische Zäsur sollte markiert und zelebriert werden. Das war auch der Grund, weshalb der improvisierte Fackelzug vom 30. Januar im Sommer 1933 für einen – allerdings wenig erfolgreichen – Spielfilm noch einmal „ordentlich“ nachgestellt wurde.

Trotz aller Stilisierungsbemühungen war die epochale Bedeutung des 30. Januar 1933 den meisten Zeitgenossen, zumal den ausländischen Beobachtern, doch nicht auf Anhieb klar. Das hing zum einen mit der langwierigen Vorgeschichte zusammen, die der Übertragung der Kanzlerschaft an Hitler vorausgegangen war. Zum andern hing es damit zusammen, dass die wirklich weltgeschichtlichen Auswirkungen der nationalsozialistischen Politik noch auf sich warten ließen.

Gleichwohl hat die zeitgeschichtliche Forschung – und zwar seit ihren Anfängen – den Umständen und dem Verlauf der nationalsozialistischen Machtübernahme intensiv nachgespürt. „Wie war es möglich?“, das war ja die bohrende, auch selbstkritisch gemeinte Frage in den fünfziger und sechziger Jahren. Aber diese Frage zielte nicht etwa auf Krieg und Holocaust, sondern auf „1933“: also auf den Übergang von der Demokratie zur Diktatur.

Die „Machtergreifung“ war ein klassisches Thema der frühen NS-Forschung. Ein damals heiß umstrittener Punkt, dessen Bedeutung uns heute kaum mehr einleuchten will, war die Frage nach der „Legalität“ der nationalsozialistischen Machtübernahme. Der Grund dafür war, dass die Nationalsozialisten selbst immer wieder von ihrer „legalen Revolution“ gesprochen hatten. Historiker wie Karl Dietrich Bracher wi-

dersprachen dieser Deutung vehement. Dabei ging es ihnen vor allem darum, Möglichkeiten der Apologie auszuräumen. Besonders Hitlers vormalige konservative Bündnispartner versuchten ja nach dem Krieg, sich als von diesem getäuscht und betrogen darzustellen.

Doch die Zeit, in der Historiker gegen solche Ausreden anschreiben mussten, ist lange vorbei. So bleibt die nüchterne Feststellung: Hitler kam auf legalem Weg zur Macht – nämlich durch die Entscheidung Hindenburgs. Der war zwar alt, aber klar im Kopf. Und der wusste, was er tat. Die neuere biographische Forschung lässt daran keinen Zweifel².

Ebenso klar ist allerdings, dass sich Hitler auch nach dem 5. März 1933, nach den letzten „halbwegs freien Wahlen“ – wie es floskelhaft, aber nicht falsch, immer wieder heißt –, nur auf eine knappe absolute Mehrheit der Wähler stützen konnte. Fünf Wochen nach Beginn seiner Kanzlerschaft erreichten die Nationalsozialisten 43,9 Prozent, ihre Koalitionspartner kamen auf 8 Prozent.

Dieses Ergebnis bestätigte eigentlich nur: Aus eigener Kraft hatte es die Hitler-Bewegung *nicht* an die Macht geschafft – aller unbestreitbaren sozialen Dynamik zum Trotz, die sie verkörperte und die nach politischer Berücksichtigung verlangte. Konkret unterstrich das Wahlergebnis noch einmal die Verantwortung der alten Eliten, die Hitler die Macht übergeben hatten.

Es war mithin kein menschenleeres Verhängnis, das am 30. Januar 1933 seinen Lauf nahm; kein ominöses Schicksal, das Epoche machte, sondern es war die Entscheidung Hindenburgs und seiner Berater, der sogenannten Hofkamarilla. Ihnen erschien der „böhmische Gefreite“, den Hindenburg schon mehrfach zurückgewiesen hatte, jetzt als der richtige Mann. Die Regierungsbildung war das Ergebnis von Verhandlungen, an denen auch Alfred Hugenberg teilgenommen hatte, der Chef der Deutschnationalen Volkspartei, vor allem aber Franz von Papen, Brüning's Nachfolger als Reichskanzler. Beide waren im Januar 1933 bereit, in ein Kabinett mit Hitler an der Spitze einzutreten.

Aber Hindenburgs Entschluss, Hitler zum Kanzler zu machen, war auch ein Zeichen der Schwäche. Er offenbarte den dramatischen Verlust an politischer Integrationsfähigkeit – vor allem an parteipolitischer Bindekraft –, der auf Seiten der Alten Rechten in den letzten Jahren der Weimarer Republik eingetreten war. Und zugleich bestätigte er die im Zeichen der ökonomischen Krise so rasant gewachsene soziale Attraktivität

2| Vgl. Wolfram Pyta: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München 2007; Anna von der Goltz: *Hindenburg. Power, Myth, and the Rise of the Nazis*. Oxford 2009.

der nationalsozialistischen Bewegung. Dass Hitler in dem Moment Kanzler wurde, da es mit der NSDAP eigentlich abwärts und mit der Wirtschaft endlich wieder ein wenig aufwärts ging, bleibt bittere Ironie.

Doch wir wissen ja auch, wie rasch es dem neuen Regime gelang, die gegnerischen politischen Strukturen zu zerschlagen oder „gleichzuschalten“, und wie letztlich gering der Widerstand war, auf den es dabei traf. Und wir wissen, wie schnell die Zustimmung wuchs, die es nach der Phase des unverhüllten Terrors schon seit dem Sommer 1933 fand. Diese Zustimmung war ein Gemisch aus persönlichen Erwartungen und allgemeinen Hoffnungen, aus Opportunismus und Angst, aus der Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen und zu glauben: nicht zuletzt an den Traum von einer „Volksgemeinschaft“.

Vor dem Hintergrund der Entscheidung Hindenburgs ist es deshalb unpassend – inhaltlich wie terminologisch –, den 30. Januar 1933 als den Tag einer „Machtergreifung“ zu beschreiben. Hitler war gewollt. Viel eher sollte man von einer *Machtübertragung* sprechen – oder, wie es sich in der Historiographie weitgehend eingebürgert hat, von einer Machtübernahme.

Tatsächlich wirkte das neue Präsidialkabinett auf den ersten Blick ja nicht gerade wie ein Triumph nationalsozialistischer Durchsetzungskraft. Außer durch Hitler war die NSDAP lediglich mit zwei Leuten vertreten: Wilhelm Frick, der seit 1930 in Thüringen Regierungserfahrung gesammelt hatte, wurde Reichsinnenminister, und Hermann Göring übernahm als Minister ohne Geschäftsbereich die Aufgaben eines Reichskommissars für den Luftverkehr und das Amt des kommissarischen preussischen Innenministers. Alle anderen im Kabinett Hitler waren Deutschnationale oder parteilose Rechtskonservative.

Dass nun nicht mehr länger gegen die stärkste Partei im Reichstag regiert würde, erschien auch manchem plausibel, der bisher *nicht* NSDAP gewählt hatte. Doch wer so argumentierte, der übersah, dass Hitler nicht angetreten war, um staatspolitische Mitverantwortung zu übernehmen. Sein immer wieder erklärtes Ziel war die Überwindung der Parteiendemokratie und Errichtung eines „Führerstaates“.

Wenn in der Nachkriegszeit viel von einem vermeintlich gescheiterten „Zählungskonzept“ die Rede war, so gehört das ebenso in den Bereich der Rechtfertigungslegenden wie die angebliche Versicherung Franz von Papens, man werde Hitler binnen zweier Monate in die Ecke drücken, „dass er quietscht“. Wenn das die wirkliche Absicht gewesen wäre: Warum hätte man sich dann auf einen Reichskanzler Hitler überhaupt eingelassen?

Deshalb ist es auch irreführend, vom „Versagen“ der alten Eliten zu sprechen. Denn das hieße ja, dass diese Eliten „eigentlich“ etwas anderes gewollt hätten. Das aber war im Januar 1933 gerade nicht der Fall. Man hatte ein gemeinsames Projekt.

Erklärtes Ziel der Koalition war die Befreiung der deutschen Politik vom „Marxismus“. Die Kommunisten sollten ausgeschaltet, die Sozialdemokraten und mit ihnen die Gewerkschaften zumindest jeder politischen Relevanz entledigt werden. Den Parlamentarismus hatte die reaktionäre Rechte satt. Es ging ihr um die Errichtung eines dauerhaften autoritären Präsidialregimes, um das Ende der 1918 etablierten Demokratie.

Dass darüber im neuen Kabinett Einigkeit bestand, zeigte sich bei der Diskussion um die Ausschreibung von Neuwahlen. Vizekanzler Papen konnte der Zustimmung Hitlers sicher sein, als er laut Kabinettsprotokoll erklärte, „es sei am besten, schon jetzt festzulegen, dass die kommende Wahl zum Reichstag die letzte sein solle und eine Rückkehr zum parlamentarischen System für immer zu vermeiden sei“.

Der politische Formierungsprozess, der jetzt in Gang kam, war mit Händen zu greifen. Schnell machte der Begriff der „Gleichschaltung“ die Runde – ein Begriff wie aus der Elektrotechnik, der dann in den fünfziger Jahren gerne mit apologetischem Unterton Verwendung fand.

Tatsächlich war, was nach dem 30. Januar folgte, ein rasantes Wechselspiel aus diktatorischen Maßnahmen von oben und Terror von unten. Das verlieh diesem Prozess der Gleichschaltung und Selbstanpassung jene ungeheure Dynamik, die nur Wochen zuvor kaum jemand für möglich gehalten hätte.

Während die Öffentlichkeit einen hektischen Winterwahlkampf erlebte, wurden in Preußen die Weichen gestellt für die nationalsozialistische Penetration und Usurpation der inneren Verwaltung. Der rigorose Regisseur dieses Vorgangs hieß Göring. Sein sogenannter Schießerlass vom 17. Februar wies die Polizeibeamten an, „dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten (...) und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen“.

Umgekehrt wurde es nun zur Pflicht der Beamten, die „nationalen Verbände“ und deren Propaganda zu unterstützen. Das beschränkte den politischen Handlungsspielraum der Linksparteien weiter und eröffnete SA und SS neuen Raum für terroristische Aktionen. In den Wochen bis zur Wahl am 5. März 1933 gab es in Deutschland 69 politische Morde, 18 der Toten waren Nationalsozialisten.

Zur Aggressivität der braunen Basis kamen die Möglichkeiten der „Gegnerbekämpfung“ mit staatlichen Machtmitteln hinzu. So gelang es mit Hilfe der Notverordnung vom 4. Februar 1933, die Kommunisten publizistisch fast mundtot zu machen und die SPD schwer zu behindern. Als dann am 27. Februar der Reichstag brannte, war das politische Schicksal der Kommunisten besiegelt. Jetzt bestand noch vor der Wahl Anlass und Legitimation zu einem umfassenden Schlag gegen die KPD – und zur definitiven Außerkraftsetzung des Rechtsstaats.

Die Debatte, ob es tatsächlich allein der holländische Rätekommunist Marinus van der Lubbe war, der das Feuer gelegt hatte, ist bis heute nicht zu Ende. Wichtiger aber als die Frage der Täterschaft war immer schon die Tatsache der brutalen politischen Instrumentalisierung des Ereignisses.

Bereits am Nachmittag des 28. Februar verabschiedete das Kabinett eine Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“. Noch am gleichen Tag setzte der Reichspräsident seine Unterschrift darunter. Unter Berufung auf den Artikel 48 der Weimarer Verfassung traten damit die Grundrechte außer Kraft. Die Freiheit der Person, die Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Post- und Telefongheimnis sowie die Unverletzlichkeit von Eigentum und Wohnung waren mit einem Schlag aufgehoben. Außerdem war die Reichsregierung jetzt ermächtigt, angeblich „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in den Ländern die Befugnisse der obersten Behörden „vorübergehend wahrzunehmen“.

Damit waren noch vor der Wahl die juristischen Begründungsschemata geschaffen für die Eroberung der Länder und Stadtstaaten, die unmittelbar nach der Wahl einsetzte. So am 6. März 1933 auch hier in Bremen mit den Auseinandersetzungen um die Hissung der Hakenkreuzfahne, dem Rücktritt des Senats und zwei Wochen später dann mit der Auflösung der Bremischen Bürgerschaft.

Die ursprüngliche Begründung der Reichstagsbrandverordnung lautete „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“. Das ließ sich faktisch unbegrenzt erweitern: zur Allzweckwaffe im Prozess der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung. Nach Belieben konnten jetzt politische Gegner in sogenannte „Schutzhaft“ genommen werden. Ohne gerichtliche Prüfung konnten sie auf unbestimmte Zeit festgehalten werden – in die sogenannten „wilden“ Gefangenenlager der SA reichte der Arm des Gesetzes ohnehin nicht mehr. Dieser unerklärte Ausnahmezustand blieb bis zum Ende des Regimes bestehen. Ernst Fraenkel, der helllichtige Analytiker des „Doppelstaates“, der 1938 vor der Gestapo aus Deutschland fliehen musste, nannte die Reichstagsbrandverordnung deshalb auch die „Verfassungsurkunde“ des Dritten Reiches.



Bei der Wahl eine Woche später stimmten insgesamt rund 17,3 Millionen Deutsche für Hitler. Das war, wie schon angedeutet, kein berauschendes Ergebnis. Aber danach beschleunigte sich der Verfall des politisch-kulturellen Selbstbewusstseins in den bedrängten gegnerischen Milieus: in der organisierten Arbeiterschaft, im politischen Katholizismus, im liberaldemokratischen Bürgertum und bei der kritischen Intelligenz. Der „Faschisierung des öffentlichen Lebens“, die bereits seit Anfang der dreißiger Jahre mit der Verdrängung der SPD aus der Regierungsverantwortung eingesetzt hatte, hielten nun gerade auch Künstler und Intellektuelle immer weniger stand – die Reihe der Namen reicht von Gottfried Benn über Wilhelm Furtwängler bis Carl Schmitt.

Und da wir hier hoch im Norden sind: Eine kürzlich erschienene neue Biographie verdeutlicht, wie Emil Nolde reagierte, dessen Sympathien für Hitler und dessen Antisemitismus noch immer gerne beschönigt werden³. Am 27. April 1933 schrieb der gefeierte Maler an einen Bekannten in Norwegen: „In diesem politisch unruhigen Winter sind so vielerlei Geschehnisse, die einen dauernd in Anspruch nehmen, weil wir doch sehr mitleben in der so stark durchgeführten und schönen Erhebung des deutschen Volkes“.

Das Beispiel zeigt: Auch jemand, dessen Kunst offiziell bald als „entartet“ gelten sollte, konnte sich für den „nationalen Aufbruch“ begeistern. Im November 1933, nachdem er als Ehrengast an einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag des Hitler-Putsches in München teilgenommen hatte, notierte Nolde: „Die Feier war sehr bewegend. Wir sahen u. hörten den Führer zum ersten Mal. Der Führer ist groß u. edel in seinen Bestrebungen u. ein genialer Tatenmensch. Nur ein ganzer Schwarm dunkler Gestalten noch umschwärmen ihn in einem künstlich erzeugten Kulturnebel. Es hat den Anschein, daß demnächst die Sonne hier durchbrechen wird, diese Nebel zerstreud.“

Wenn es einerseits richtig ist zu konstatieren, dass die Zäsurbedeutung des 30. Januar 1933 von vielen, vermutlich sogar von den meisten Deutschen nicht sogleich erkannt wurde, so entwickelte sich in den Tagen danach doch andererseits sehr rasch ein ungeheurer politischer Sog. Es entstand der Eindruck einer unbezwingbaren Dynamik – nicht zuletzt übrigens deshalb, weil der Nationalsozialismus eine auffallend junge Bewegung war.

Diese Jugendlichkeit der Bewegung unterstrich die Wirkung des von ihr entfalteten Terrors. Aber daraus speisten sich auch Wünsche nach Zugehörigkeit, und schon die schiere physische Präsenz beförderte die Bereitschaft zur Affirmation. So schwenk-

3| Kirsten Jüngling: Emil Nolde. Die Farben sind meine Noten. Berlin 2013; die folgenden Zit. nach: Stefan Koldehoff: Noldes Bekenntnis, in: Die Zeit vom 10.10.2013, S. 19.

ten zum Beispiel wichtige Organe der öffentlichen Meinungsbildung, noch bevor Goebbels sein Zensursystem errichten konnte, auf demonstratives Wohlwollen gegenüber der Hitler-Regierung ein. Ein anderes Indiz für diesen Prozess der gesellschaftlichen Selbstanpassung war der Hitler-Gruß. Der wurde zwar außerhalb der Parteiformationen nie offiziell eingeführt, verbreitete sich aber seit dem Frühjahr 1933 rasch in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft.

Mit dem Rücktritt der bayerischen Staatsregierung am 16. März 1933 war die Eroberung der Exekutive in den Ländern und Stadtstaaten bereits abgeschlossen. Ende März folgte dann auch noch die Umbildung der Landesparlamente. Grundlage dafür war ein „Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder“. Nur eine Woche später setzte den Landesregierungen ein weiteres Gesetz die neue Institution der Reichsstatthalter vor die Nase. Das war der faktische Schlussstrich unter die Souveränität der Länder.

Zwischen den beiden Gleichschaltungsgesetzen der Länder hatte sich noch das Drama in der Kroll-Oper abgespielt, wo der neue Reichstag am 23. März 1933 das sogenannte Ermächtigungsgesetz annahm. Für die SPD hielt der Vorsitzende Otto Wels eine mutige Rede, in der er begründete, warum seine Fraktion – sie war bereits deutlich dezimiert – das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ ablehnte. Alle anderen Parteien billigten, dass die Regierung von nun an sogar verfassungsändernde Gesetze ohne den Reichstag erlassen konnte.

Die frühe zeitgeschichtliche Forschung hat dem Ermächtigungsgesetz einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt. Das reflektierte nicht zuletzt die Erinnerung der Zeitgenossen: das Gefühl der Bedrohung, auch die Scham über das eigene Versagen – so etwa bei Theodor Heuss, dem späteren Bundespräsidenten, der als Abgeordneter der liberalen DDP ebenfalls zugestimmt hatte. Auf dem Weg in den „Führerstaat“ tatsächlich bedeutsamer als das Ermächtigungsgesetz war jedoch die Reichstagsbrandverordnung.

Eine ähnliche Diskrepanz zwischen der damaligen Wahrnehmung der Menschen und der faktischen Bedeutung des Ereignisses gilt für den Auftritt Hindenburgs und Hitlers in der Potsdamer Garnisonkirche zwei Tage zuvor. Weitaus wichtiger als der Anlass – nämlich die Konstituierung des am 5. März 1933 gewählten Reichstags – war die symbolische Botschaft des Tages: das „alte“ und das „junge“ Deutschland friedlich vereint am Grabe Friedrichs des Großen.

Der greise Historiker Friedrich Meinecke nannte das nach dem Krieg eine „Rührkomödie“, und das war es natürlich auch. Doch die Inszenierung verfehlte ihre Wir-

kung nicht. Der Tag von Potsdam sprach gezielt das Bürgertum an und viele, die im Herzen Monarchisten geblieben oder doch der Demokratie überdrüssig geworden waren.

Beispielhaft für diesen Zeitpunkt sei die Hamburger Lehrerin Luise Solmitz zitiert, eine bemerkenswerte, politisch stets hoch interessierte Frau, die in den letzten Jahren der Republik von der Deutschen Volkspartei über die Deutschnationalen zur NSDAP weitergezogen und jetzt eine glühende Hitler-Verehrerin war. Für Menschen wie sie, die seit Wochen in einem Rausch der politischen Begeisterung lebten, schien der „Tag von Potsdam“ geradezu gemacht: „Der große, unvergeßlich schöne deutsche Tag!“, notierte Luise Solmitz unter dem 21. März. Und weiter heißt es in ihrem Tagebuch: „Wir selbst als Zeitgenossen 2. Ranges, d.h. ohne eigenen Rundfunk, hatten die Hitlerischen Märsche ja auch nicht gehört noch die Musik um Friedrich d. Gr. (Und wie liebe ich beides!!), aber jetzt war ich dabei u. blieb u. blieb, u. nachm. kamen wir wieder ohne Gisela⁴. (...) Frau Mich. u. ich ließen unseren Tränen freien Lauf, (...) – wir konnten nicht anders. Und es fand sich, daß geweint hatten: Die Krämersfrau, die Schusterfrau, die Feinkosthändlerin, - kurzum, alle, die wir sprachen.“⁵

Selbstverständlich war der Enthusiasmus für den „Führer“ keine Sache allein der Frauen, aber ganz sicher kann man sagen, dass es Hitler wie kein anderer deutscher Politiker dieser Zeit vermochte, auch die Frauen zu mobilisieren.

Aber das neue Regime sandte seine ambivalenten Signale nach allen Seiten, auch und nicht zuletzt in die Welt der Wirtschaft: Da ging es einerseits um die Interessen der Industrie, sprich: um die Förderung der Konjunktur und um die weitere Zurückdrängung der Macht der Gewerkschaften. Andererseits umwarb man den „deutschen Arbeiter“ in einer Weise, wie es das noch nicht gegeben hatte.

Bei den Betriebsrätewahlen im März 1933 hatte die NSBO, die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, den Freien Gewerkschaften zwar manche Mandate abgerungen, war aber insgesamt deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nach wie vor machte die Hitler-Begeisterung vor den Betriebstoren Halt. Das Regime reagierte mit einem eilig verabschiedeten Betriebsvertretungsgesetz. Es ermächtigte die Arbeitgeber, Mitarbeiter ohne weiteres zu entlassen, wenn auch nur der Verdacht einer „staatsfeindlichen Betätigung“ vorlag; alle noch anstehenden Betriebsrätewahlen wurden für sechs Monate ausgesetzt.

4| Die Tochter von Luise Solmitz.

5| Zit. nach Frank Bajohr u.a. (Hrsg.): Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933. Göttingen 2013, S. 178.

Gleichwohl scheute die Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auch jetzt noch vor einer Mobilisierung ihrer vier Millionen Mitglieder zurück. Das war nicht nur Resultat des allgemeinen Terrors gegen die Linke und einer konsequenten Einschüchterungspolitik des Regimes. Es war auch Folge der jahrelangen Massenarbeitslosigkeit, in der die politische Macht und das institutionelle Selbstbewusstsein der Gewerkschaften für jeden sichtbar erodiert waren.

Vor diesem Hintergrund erklärte sich der Gewerkschaftsbund just am „Tag von Potsdam“ zur Kooperation bereit – in der unrühmlichen Formulierung: „gleichviel welcher Art das Staatsregime ist“. Die gewerkschaftliche Organisation und ihre sozialen Einrichtungen sollten gerettet werden, fast um jeden Preis.

Aber die Rechnung ging nicht auf. Während der ADGB noch seine „nationale Zuverlässigkeit“ zu beweisen suchte, plante ein nationalsozialistisches „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ in aller Heimlichkeit den entscheidenden Schlag für „Dienstag, den 2. Mai 1933, 10 Uhr“. Das war aber nur die zweite Hälfte eines sorgfältig inszenierten Coups. Dem Gewaltstreich gegen die Gewerkschaften voraus gingen Streicheleinheiten für die Arbeiterschaft. Kaum je hat Hitler das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche perfekter angewandt; die Bilder vom fahngeschmückten Massenaufmarsch auf dem Tempelhofer Feld, der ersten Lichtdom-Inszenierung von Albert Speer, prägten sich dem kollektiven Gedächtnis ein.

Was die Republik den Arbeitern versagt hatte, gewährte das neue Regime mit ostentativer Geste: Umstandslos, wie solches nun möglich war, erklärte es den symbolträchtigen 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Die Vorbereitung der Premiere legte der „Führer“, wie schon beim „Tag von Potsdam“, in die Hände seines kongenialen Propagandaministers. Gleichsam über Nacht wurde aus dem internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung der „Tag der nationalen Arbeit“. Frankreichs Botschafter Francois-Poncet notierte: „Ja, es ist wirklich ein schönes, ein wundervolles Fest!“ „Ein Hauch der Versöhnung und der Einigkeit (weht) über das Dritte Reich“.

Keine zwölf Stunden später besetzten SA- und SS-Hilfspolizisten im gesamten Reich die Häuser und Einrichtungen der Freien Gewerkschaften. Die Spitzenfunktionäre, aber auch die Direktoren der Gewerkschaftsbank und die Redakteure der Gewerkschaftspresse kamen in Schutzhaft. Die mittleren und unteren Angestellten hingegen konnten unter neuer Regie meist auf ihren Posten bleiben. Das war schon aus praktischen Gründen geboten, denn der Zweck der Aktion war ja weniger die institutionelle Zerschlagung als die definitive politische Ausschaltung der Gewerkschaften. Und für den Aufbau der von Robert Ley angekündigten Deutschen Arbeitsfront war das alte Organisationsgerüst und das Vermögen der Gewerkschaften gut zu gebrauchen.

Was an diesem Punkt auffällt, ist der Unterschied zur anderen Seite: Während die Organisationen der Arbeiterschaft politisch überformt und usurpiert wurden, blieb die nationalsozialistische „Gleichschaltung“ der Wirtschaftsverbände weitgehend Kosmetik. Beim Reichsverband der Deutschen Industrie wurden mehrere jüdische Präsidiumsmitglieder zum Rücktritt gezwungen, aber es gab keine dauerhafte Präsenz von NS-Kommissaren. Dazu genügte es, dass Gustav Krupp von Bohlen und Halbach dem Kanzler versprach, als neuer Verbandschef für eine straffe Zentralorganisation zu sorgen. Auf beiden Seiten waren die Hoffnungen und Erwartungen groß, wechselseitig glaubte man sich zu brauchen. In keinem anderen Bereich hielt Hitler die „Parteirevolution“ denn auch so nieder wie gegenüber der Wirtschaft. Lediglich der NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand hatte nach der Machtübernahme eine Zeitlang freie Bahn zur Eroberung von Innungen und Berufsverbänden. Aber das entsprach auch dem Ziel der allgemeinen gesellschaftlichen Gleichschaltung, die im späten Frühjahr 1933 mit der Ausschaltung der Parteien bereits einem gewissen Abschluss entgegenging.

Die innere Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, dem Sog der nationalsozialistischen Formierungspolitik etwas entgegenzusetzen, war durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz so offenkundig geworden, dass Weiterungen nicht ausbleiben konnten. Allen, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, liefen im Frühjahr 1933 in Scharen die Anhänger davon; aus Enttäuschung, aus Angst vor Repressalien, oft aber auch, um die Mitgliedschaft bei der NSDAP zu beantragen („Märzgefallene“).

Der Druck der braunen Basis verstärkte diesen Auflösungsprozess, der mittlerweile auch die SPD erfasst hatte, obwohl sie als klassische Milieupartei besonders gefestigt galt. Nach der Aktion gegen die Freien Gewerkschaften am 2. Mai war man in der SPD-Führung uneins, was die Sozialdemokratie auf mittlere Sicht zu erwarten hatte. Ein Teil des Vorstands ging nun als „Auslandsvertretung“ in das vom Völkerbund verwaltete Saargebiet (Ende Mai 1933 dann nach Prag), während die Optimisten immer noch hofften, sie könnten die Partei durch konsequentes Festhalten am „Legalitätskurs“ retten – also wie zu Zeiten des Bismarckschen Sozialistengesetzes.

Offenkundig wurde der Streit um die richtige Strategie durch die Einberufung des Reichstags für den 17. Mai. Soweit nicht im Exil oder im KZ, nahmen die SPD-Abgeordneten an der Sitzung teil, in der sich Hitler überraschend zum Lebensrecht aller Völker und zu einer friedlichen Vertragspolitik bekannte. Als sich das Parlament dann zum Zeichen der Zustimmung zu dieser Rede erhob, versagte sich niemand der effektvollen Geste. Deutschland, so konnte es scheinen, stand loyal und einig hinter Hitler.

An diesem Eindruck machte sich die Kritik der emigrierten Vorstandsmitglieder fest, und am 18. Juni erschien in Prag die Erstausgabe des *Neuen Vorwärts* mit einem Aufruf zum Sturz des Hitler-Regimes. Damit besaß Innenminister Frick einen willkommenen Anlass, die SPD unter Hinweis auf die Reichstagsbrandverordnung zur „volks- und staatsfeindlichen Organisation“ zu erklären. Am 22. Juni 1933 war die letzte Institution der deutschen Linken auf dem Verordnungswege beseitigt.

Auf Seiten der bürgerlichen Parteien sah es noch trostloser aus: Sie hatten mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ja längst ihre Existenzberechtigung dementiert. Die Deutschnationalen, im Januar Hitlers *Ermöglicher* und im Juni seine *Gefangenen*, konnten mit der Selbstliquidierung ihrer Organisation immerhin noch die Aufnahme ihrer Mandatsträger in die NSDAP-Fraktionen erkaufen. DNVP-Chef Hugenberg, seit Wochen im Schussfeld nationalsozialistischer Kritik, stellte am 26. Juni 1933 seine sämtlichen Ministerposten zur Verfügung. Das „Zähmungskonzept“ war kläglich gescheitert, jedenfalls auf der Ebene der Staatspolitik. Am 27. Juni beschloss auch die Deutsche Staatspartei (die frühere DDP), ihre Selbstauflösung, 24 Stunden später die DVP.

Ganz ungeniert forderte Propagandaminister Goebbels jetzt auch das Zentrum auf, seinen „Laden zuzumachen“. Im Grunde aber hatte der Abschluss des Reichskonkordats am 20. Juli das Aus für den politischen Katholizismus schon besiegelt. Denn darin hatte der Vatikan einem politischen Betätigungsverbot für Geistliche zugestimmt – und sowohl beim Zentrum wie in der Bayerischen Volkspartei hielten Mitglieder des Klerus traditionell wichtige Führungspositionen. Die BVP löste sich am 4. Juli 1933 auf, tags darauf als letzte der demokratischen Parteien das Zentrum.

Vom undramatischen Ende des Parteienstaates schien selbst Hitler überrascht. „Wir stehen in der langsamen Vollendung des totalen Staates“, kommentierte er die Ereignisse der letzten Tage in einer Konferenz mit den Reichsstatthaltern am 6. Juli. „Den Mitgliedern der verschwundenen Parteien“, so der „Führer“ in realistischer Einschätzung der Lage, „sei keine besondere Aktivität zuzutrauen“. Dennoch lag schon zur nächsten Kabinettsitzung ein „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vor. Danach wurde künftig als „Hoch- und Landesverräter“ bestraft, wer es unternähme, eine Partei aufrecht zu erhalten oder neu zu bilden. Hitlers Einparteienherrschaft war besiegelt.

Als Hitler die Deutschen im November 1933 zum zweiten Mal binnen acht Monaten an die Wahlurnen rief, entfielen auf die Einheitsliste der NSDAP 92,2 Prozent der Stimmen. Noch höher, nämlich bei 95,1 Prozent, lag die gleichzeitig abgefragte Zustimmung zum Austritt aus dem Völkerbund. Solche Zahlen machten misstrauisch.



Sie hätten, so konstatierte die linkssozialistische Widerstandsgruppe Neu Beginnen in einer internen Analyse, „auch kritische Beobachter des Auslandes dazu verleitet, dieses Ergebnis als gefälschtes oder auf unmittelbaren Zwang und Terror zurückzuführendes anzusehen“.

„Dem liegt aber“, so heißt es weiter, „eine irrtümliche Auffassung über den wirklichen Einbruch faschistischer Ideologien in alle

Klassen der deutschen Gesellschaft zugrunde. (...) Genaue Beobachtungen (...) zeigen, daß die Wahlergebnisse im großen und ganzen der wirklichen Stimmung entsprechen. Mögen auch in der Hauptsache in Landbezirken und kleineren Orten zahlreiche ‘Korrekturen’ vorgekommen sein. Das Gesamtergebnis zeigt *einen ungemein raschen und starken Faschisierungsprozeß* der Gesellschaft an.“⁶

Aus der Rückschau wissen wir, dass die Stimmung der Deutschen vorderhand gleichwohl labil blieb: Trotz eben demonstrierter Einigkeit, trotz der Geschwindigkeit, mit der sich das Gesicht des Landes verändert hatte, trotz der Radikalität, mit der eine politisch freie, in Maßen pluralistische *Gesellschaft* in eine konsequent als solche adressierte *Gemeinschaft* von „Volksgenossinnen und Volksgenossen“ umcodiert worden war. Kurz: trotz einer unbestreitbar effektiven Politik der Machtmonopolisierung und Machtsicherung.

Für den Historiker ist es deshalb wenig sinnvoll, das Ende der ersten Demokratie in Deutschland mit dem kalendarischen Ende des Jahres 1933 zu verknüpfen. Die Vollendung des „Führerstaat“ brachte erst das Frühjahr 1934.

Denn seit dem Spätwinter war überall neue Unzufriedenheit gewachsen – in der Wirtschaft, bei den Bauern, im Beamtenapparat und nicht zuletzt bei der Reichswehr, wo man die Machtansprüche der SA-Führung unter Ernst Röhm mit höchstem Misstrauen bäugte. Diese veritable Krise beendete erst Hitlers doppelter Coup vom 30. Juni 1934: ein Blutbad gegen die konservativen Kritiker von rechts genauso wie

⁶ | Zit. nach Bernd Stöver (Hrsg.), *Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933-1936*, Bonn 1996, S. 2, Hervorhebung im Original.

gegen die Unzufriedenen in den eigenen Reihen, den Deutschen damals aber verkauft als die Vereitelung eines angeblichen Putschversuchs von Hitlers Duz-Freund Röhm.

Das erneute Plebiszit ein paar Wochen später, nach dem Tod von Reichspräsident Hindenburg, bestätigte Hitler nicht nur in seiner nunmehr erreichten Omnipotenzstellung – er war jetzt Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberster Parteiführer und Oberbefehlshaber in einer Person; die Abstimmung bekräftigte darüber hinaus ein Funktionsprinzip des „Führerstaats“: Partizipation per Akklamation – mit einer Zustimmungsrate von 89,9 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 95,7 Prozent. Deutschland ging jetzt seinen Weg mit Hitler.

Der Blick auf das Ende der ersten deutschen Demokratie vor 80 Jahren hält keine direkten Lehren für unsere Gegenwart bereit. Die immer wieder beklagte Demokratieverdrossenheit, lässt sich, so scheint mir, nicht einfach mit dem Hinweis auf abnehmende Wahlbeteiligungen belegen – gerade bei der Bundestagswahl im September 2013 haben etliche, die ihre Stimme nicht abgeben wollten, dies mit einer kritischen politischen Reflexion verbunden. Diese Argumente musste man nicht überzeugend finden, aber sie demonstrierten etwas anderes als simple Demokratieverdrossenheit.

Die Dinge liegen komplizierter, und der im Ganzen doch sehr stabile politische Zustand unseres Landes ist grundverschieden vom Zustand der Weimarer Republik am Vorabend des 30. Januar 1933.

Zweifellos war die deutsche Gesellschaft in ihren Problemlagen und Mentalitäten in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1945 jener der Weimarer und der NS-Zeit noch in vielem ähnlich. Und noch bis in die sechziger Jahre hinein hatte der vielgehörte Satz: „Bonn ist nicht Weimar“ immer auch etwas von einer Beschwörungsformel. Aber danach sind noch einmal ein Vierteljahrhundert „alte Bundesrepublik“ hinzugekommen – und inzwischen, wie schon eingangs gesagt, fast ein Vierteljahrhundert im geeinten Deutschland. Da ist, auch weil die selbstkritische Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit nie aufgehört hat, demokratisches Bewusstsein gewachsen – und bei unseren Nachbarn ein Maß an Vertrauen, ohne das man sich die politische Konstellation in der seit Jahren andauernden Krise um den Euro gar nicht vorstellen mag.

Für simple Warnungen mit dem Hinweis auf 1933 besteht acht Jahrzehnte später kein Anlass – und schon gar nicht für leichtfertige Analogien. Unsere heutigen Probleme sind andere, selbst dort, wo sich, wie etwa bei den Morden des NSU, Parallelen aufzudrängen scheinen. Aber gerade weil unsere Gegenwart auf andere Weise kompliziert ist und bleiben wird, sollen wir unsere Vergangenheit kennen – und müssen wir uns ihrer immer wieder neu vergewissern.

